

Chronologie

Januar / Februar 2005*

Januar

1.1. Ein weiterer Teil des Einwanderungsgesetzes vom 26. November 2003 (Loi Sarkozy) tritt in Kraft. In Frankreich lebende Immigranten müssen ab heute belegen, dass sie Familienangehörige aus der Heimat finanziell und räumlich angemessen beherbergen können, bevor diese eine Einreisegenehmigung erhalten. Die Wohnung des Gastgebers darf 14 qm Wohnfläche pro Person nicht unterschreiten. Die Loi Sarkozy spricht dem Bürgermeister der Gastbergemeinde das Recht zu, den Wohnraum zu überprüfen und im Zweifelsfall die Einreisegenehmigung abzulehnen.

3.1. Zahlreiche französische Kinderärzte streiken. Damit folgen sie einem Aufruf der Vereinigung der französischen Kinderärzte (SNFP) zum „Tag ohne Kinderärzte“. Die Vereinigung weist darauf hin, dass die Kinderärzte im Durchschnitt 53 Stunden pro Woche arbeiten und darüber hinaus etwa 18 Stunden Bereitschaftsdienst leisten. Das Durchschnittsalter in der Branche liege bei 50 Jahren. Langfristig befürchtet die SNFP, dass die Berufssparte völlig verschwinden könnte. Die Kinderärzte fordern eine angemessene Vergütung der Bereitschaftsdienste und eine Erhöhung der Honorare, die derzeit um 35 Prozent niedriger als die anderer Spezialisten und um 9 Prozent niedriger als die der Allgemeinmediziner seien.

4.1. In seiner traditionellen Neujahrsansprache vor Unternehmern und Gewerkschaftern kündigt Staatspräsident Jacques Chirac die Gründung einer „Agentur zur Förderung industrieller Innovation“ an. Die Regierung werde in den kommenden zwei Jahren kleine und

mittelständische Unternehmen mit innovativen Projekten durch „rückzahlbare Vorschüsse“ in Höhe von insgesamt zwei Milliarden Euro fördern, die aus Privatisierungserlösen finanziert werden sollen. Ferner habe er die Regierung beauftragt, einen Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der im Mai 2001 verabschiedeten Loi Génison zur Einkommensgleichheit für Männer und Frauen vorzubereiten. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt der Einkommensunterschied bei etwa 19 Prozent. Die Opposition fordert von Chirac, auf das neue Gesetz zu verzichten und stattdessen dafür zu sorgen, dass das bestehende umgesetzt wird.

5.1. In einer Pressekonferenz stellt Jean-Louis Beffa, Präsident des französischen Industrieunternehmens Saint-Gobain, seinen im Auftrag von Staatspräsident Chirac gemeinsam mit anderen Experten erstellten Bericht zur Innovation in der Industrie vor. Unter anderem empfiehlt er die Gründung einer „Agentur zur Förderung der industriellen Innovation“, die bereits am Vortag von Chirac angekündigt worden war. Die Agentur solle innovative Projekte in den Sektoren Energie, Transport, Umwelt, Gesundheit, Sicherheit und Kommunikation fördern. Der Bericht kritisiert, dass Frankreich im industriellen und technologischen Bereich aufgrund einer zu geringen Spezialisierung der Hochtechnologie-Industrie nicht zur internationalen Spitze gehört. Zu der so genannten „Beffa-Gruppe“ zählt als einziger Nicht-Franzose auch Gerhard Cromme, Aufsichtsratsvorsitzender der ThyssenKrupp AG. Beffa und Cromme leiten auch die im Juni 2004 von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Chirac ins Leben gerufene deutsch-französische Arbeitsgruppe, die Vorschläge für eine europäische Industriepolitik vorlegen soll.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

6.-8.1. Bei seinem Besuch in Deutschland nimmt der UMP-Vorsitzende *Nicolas Sarkozy* erst an der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth und anschließend an der Bundesvorstandssitzung der CDU in Kiel teil. Der CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber* und *Sarkozy* stimmen darin überein, dass der Türkei eine „europäische Perspektive“ eröffnet werden solle. Dabei solle Ankara der „Weg einer Privilegierten Partnerschaft“ angeboten werden. Mit der CDU-Parteivorsitzenden *Angela Merkel* vereinbart *Sarkozy* die Einsetzung einer bilateralen Arbeitsgruppe von UMP und CDU, die den Erfahrungsaustausch intensivieren soll. Sie verabschieden eine Erklärung, die die gemeinsamen europapolitischen Positionen beider Parteien hervorhebt.

7.1. Die rechtsextreme Wochenzeitung „*Rivarol*“ publiziert ein Interview mit dem Vorsitzenden des Front National, *Jean-Marie Le Pen*. Zur deutschen Okkupation Frankreichs befragt erklärt *Le Pen*, die deutsche Besatzung sei „nicht sonderlich inhuman“ gewesen, auch wenn es „zu Fehlverhalten“ gekommen sei. Ferner bezweifelt er die Durchführung von Massenexekutionen durch die Deutschen, da man in diesem Fall „doch gar keine Konzentrationslager für politische Deportierte gebraucht“ hätte. Justizminister *Dominique Perben* ordnet am 12. Januar eine Untersuchung der Äußerungen *Le Pens* an.

13.1. Bei seinem ersten offiziellen Besuch in Frankreich, der aufgrund des angespannten Verhältnisses zwischen beiden Regierungen mehrfach verschoben worden war, trifft der irakische Interimspräsident *Al-Jawar* in Paris unter anderem Staatspräsident *Chirac*, Außenminister *Michel Barnier* und den Präsidenten der Nationalversammlung, *Jean-Louis Debré*. *Chirac* definiert noch einmal die Ziele der französischen Irakpolitik: die Befriedung des Landes, die Unterstützung bei den bevorstehenden Wahlen und die Erstellung eines Zeitplans für den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Land.

13.1. Innenminister *Dominique de Villepin* und Sozialminister *Jean-Louis Borloo* reagieren kritisch auf den am Vortag von UMP-Präsident *Sarkozy* unterbreiteten Vorschlag, Nationalitäts- und Berufsquoten einzuführen, um die Einwanderung besser zu steuern. Laut *de Villepin* entspricht die Einführung von Quoten nicht den Werten der Republik. Vielmehr führte sie – wie in den USA – vermehrt zu illegaler Einwanderung.

14.1. Innenminister *de Villepin* äußert sich positiv über den Rückgang der Straftaten im Jahr 2004 um 3,76 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies seien die besten Zahlen seit 1995. Einige Abgeordnete des Parti Socialis-

te weisen jedoch darauf hin, dass die Statistiken für 2004 auf der Grundlage neuer Indikatoren errechnet worden seien. So sei die Anzahl der Gewalttaten 2004 nach dem alten Rechenmodell um 0,25 Prozent zurückgegangen. Nach dem neuen Modell sei jedoch ein Anstieg von 4,36 Prozent zu verzeichnen.

16.1. Der 33-jährige *Yann Wehring* wird auf dem nationalen Kongress der französischen Grünen mit 63 Prozent der Stimmen zum neuen Parteichef gewählt. Er tritt für zwei Jahre die Nachfolge von *Gilles Lemaire* an. *Wehring* gilt als Pro-Europäer und Vermittler zwischen den Befürwortern und Gegnern der EU-Verfassung in der Partei.

18.1. Der Vorschlag des *Chirac*-nahen UMP-Senators *Patrice Gélard*, dass die französischen Staatspräsidenten nach ihrer Amtszeit Senatoren auf Lebenszeit werden sollen, wird dem Senat vorgelegt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, so würde Staatspräsident *Chirac* – ebenso wie seine Amtsnachfolger – bis zu seinem Lebensende Immunität genießen.

18.1. Airbus stellt auf dem Firmenhauptsitz in Bagnac bei Toulouse den A380, das weltweit größte Flugzeug, erstmals der Öffentlichkeit vor. An der Veranstaltung nehmen Staatspräsident *Chirac*, Bundeskanzler *Schröder*, der britische Premierminister *Tony Blair* und der spanische Premierminister *José Luis Rodríguez Zapatero* teil. Die ersten Probeflüge sollen im März stattfinden.

18.1. Die Zeitung „*Le Parisien*“ veröffentlicht eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA mit einem Vergleich der Länder, die zur Ratifizierung der EU-Verfassung ein Referendum durchführen. 65 Prozent der befragten Franzosen sind für die EU-Verfassung, 35 Prozent dagegen, in Spanien stimmen 80 Prozent der Befragten dafür und 20 Prozent dagegen, in Großbritannien 40 Prozent dafür und 60 Prozent dagegen. In Dänemark schließlich äußern sich 69 Prozent zugunsten der EU-Verfassung und 31 Prozent dagegen.

20.1. Der UMP-Vorsitzende *Sarkozy* zieht seine für den 6. März angekündigte innerparteiliche Abstimmung zum Beitritt der Türkei in die EU wieder zurück. Seit der Ankündigung am 13. Januar war *Sarkozy* von *Chirac*-nahen Parteikollegen kritisiert worden, er gefährde auch die Zustimmung der Franzosen zur EU-Verfassung beim bevorstehenden Referendum.

21.1. Die Schauspieler *Audrey Tautou* und *Daniel Brühl* werden mit dem Adenauer-de Gaulle-Preis ausgezeichnet. Staatsminister *Hans Martin Bury*, Vorsitzender der Jury, erklärt, die beiden Schauspieler stünden stellver-

trechend für eine neue Generation von Schauspielern, die mit ihrer Arbeit das Frankreich-Bild in Deutschland und das Bild Deutschlands in Frankreich besonders prägen. Die Filme „Die fabelhafte Welt der Amélie“ und „Good Bye, Lenin!“, die im jeweiligen Partnerland sehr erfolgreich waren, vermittelten ein „frisches, sympathisches Image“ und „weckten Neugier“ auf das Partnerland.

21.1. Verteidigungsministerin *Michèle Alliot-Marie* und Außenminister *Barnier* sowie ihre russischen Amtskollegen *Sergej Lavrov* und *Sergej Ivanov* treffen sich zur vierten Sitzung des russisch-französischen Kooperationsrats zu Fragen der Sicherheit. Die russischen Minister erneuern ihren Wunsch, die EU möge ihre Beziehungen zu Moskau nach dem Modell des NATO-Russland-Rates gestalten. Es wird beschlossen, die enge militärische Kooperation (24 gemeinsame Projekte im Jahr 2004) in diesem Jahr weiter auszudehnen. Weitere Themen sind das iranische Nuklearprogramm sowie die Situation in Tschetschenien.

21.1. Im Rahmen einer Streikwoche des öffentlichen Dienstes legen nach den Streiks der Beschäftigten von Bahn und Post Mitarbeiter von Krankenhäusern sowie hunderttausende Lehrer und Beamte in Frankreich die Arbeit nieder. Die Streikaktionen richten sich gegen die Reformpolitik von Premierminister *Jean-Pierre Raffarin*. Laut einer Umfrage, die am 17. Januar von der Zeitung „Le Parisien“ veröffentlicht wurde, stehen 65 Prozent der Bevölkerung den Streikenden mit „Sympathie“ gegenüber.

27.1. Die Zeitschrift „Paris Match“ veröffentlicht die Ergebnisse einer vom Meinungsforschungsinstitut IFOP durchgeführten Umfrage, welche das Potenzial von Staatspräsident *Chirac* und UMP-Präsident *Sarkozy* auslotet, die Präsidentschaftswahl 2007 zu gewinnen. Dabei liegt *Sarkozy* um mehrere Prozentpunkte vor *Chirac*, unabhängig davon, welchen Kandidaten der PS aufstellen würde.

27.1. Staatspräsident *Chirac* schlägt in seiner per Videokonferenz ausgestrahlten Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine internationale Steuer zum Kampf gegen AIDS vor. Eine solche Initiative hatte er bereits am Vorabend des Welt-AIDS-Tages (1. Dezember 2004) unternommen. Die Steuer soll auf internationale Finanztransaktionen oder auf Flugbenzin erhoben werden. In Davos unterstützt erstmals auch Bundeskanzler *Schröder* die Initiative *Chiracs*, äußert jedoch Zweifel, dass es zu einer Einigung der Industrieländer auf eine solche weltweite Steuer kommt.

28.1. Der BSE-Verdacht bei einer im Jahr 2002 in Frankreich geschlachteten Ziege wird von einem Gremium europäischer Wissenschaftler bestätigt. EU-Gesundheitskommissar *Markos Kyprianou* schlägt zur endgültigen Klärung der Frage, ob es sich um einen Einzelfall handelt, eine weitere Testserie vor. Dies ist der erste Fall von BSE, der bei einer Ziege unter natürlichen Bedingungen festgestellt wurde.

29.1. Die Zeitung „Le Monde“ berichtet, dass Frankreich, Großbritannien und Deutschland die Pläne der Kommission ablehnen, staatliche Hilfen an Unternehmen in benachteiligten Regionen der wohlhabenderen EU-Mitgliedstaaten künftig zu untersagen. Sie lehnen diese Initiative als „inakzeptabel“ ab, da sie zu einem gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit führen werde. In Frankreich wäre vor allem die Region Nord-Pas-de-Calais betroffen.

31.1. Das Verteidigungsministerium legt seinen Bericht über die französischen Rüstungsexporte der Jahre 2002 und 2003 vor. Frankreich bleibt auch in diesem Zeitraum weltweit der dritte Rüstungsexporteur, hinter den USA und Großbritannien und vor Russland und Deutschland. Diese fünf Länder decken über 90 Prozent des weltweiten Waffenhandels ab. Noch in den 1990er Jahren war Saudi-Arabien der Hauptabnehmer für französische Waffen gewesen, 2002/2003 waren es die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Exporte Frankreichs erreichten 2003 ein Volumen von 4,3 Milliarden Euro.

Februar

1.2. Die Nationalversammlung nimmt mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf von Justizminister *Perben* zur Änderung der französischen Verfassung an. Der Entwurf sieht eine Änderung des Titels XV der Verfassung vor. Im Einzelnen geht es um die Einleitung der Modifikationen, die der Verfassungsrat vor der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages für notwendig erachtet, die Umsetzung des von Staatspräsident *Chirac* geäußerten Wunsches, künftige Ratifikationsverfahren über einen EU-Beitritt an ein Referendum zu koppeln, die Schaffung der Grundlage für einen weiteren Souveränitätstransfer nationaler Verfassungsorgane auf die EU-Ebene, die Übertragung der im EU-Verfassungsvertrag vorgesehenen Rechte der nationalen Parlamente auf das französische System.

1.2. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet einstimmig einen von Frankreich eingebrachten Resolutionsentwurf, der mehr Möglichkeiten zur Überwachung des im November verhängten Waffenembargos gegen die El-

fenbeinküste vorsieht. Die Resolution 1584 erlaubt den UN-Kräften in der Elfenbeinküste (ONUCI) sowie der unterstützenden französischen Einsatztruppe LICORNE Durchsuchungen von Flugzeugen und anderen Transportmitteln, von Häfen, Flughäfen und Militärstützpunkten sowie eine verschärfte Kontrolle von Grenzübergängen.

1.2. Unter dem Vorsitz von Patrick Bloche (PS), der maßgeblich an der Einführung des Pacts (Pacte civil de solidarité, eingetragene Lebensgemeinschaft) beteiligt war, findet die erste Sitzung der Arbeitsgruppe „Familie und Rechte des Kindes“ der Assemblée Nationale statt. Die Gruppe soll sich mit den Fragen der Adoption, der Ein-Eltern-Familien und der eingetragenen Lebensgemeinschaften auseinandersetzen.

2.-5.2. Im Rahmen seines Staatsbesuchs in Senegal kündigt Staatspräsident Chirac während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade an, er wolle die französischen Truppen aus der Elfenbeinküste abziehen, wenn es der Wunsch der afrikanischen Regierungschefs sei. Unter anderem nimmt Chirac auch am „Forum du Dakar agricole“ Teil, wo er die EU-Landwirtschaftspolitik verteidigt, welche „nicht der Feind der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern“ sei. Anschließend reist Chirac zum Gipfel zur Erhaltung der zentralafrikanischen Waldökosysteme nach Brazzaville (Republik Kongo).

3.-5.2. Der Präsident der Assemblée Nationale, Debré, besucht mit den Vorsitzenden der vier Fraktionen die Türkei, um die Position Ankaras zum eventuellen Beitritt in die Europäische Union „vorurteilsfrei anzuhören und zu verstehen“. Debré erklärt, es gebe zwei Möglichkeiten, mit der Kandidatur der Türkei umzugehen: einem Land mit 71 Millionen Einwohnern „die Tür vor der Nase zuzuschlagen“ oder sich auf lange Verhandlungen einzulassen. Zuvor hatte UMP-Präsident Sarkozy die Reise Debrés kritisiert.

4.2. Gesundheitsminister Philippe Douste-Blazy stellt ein Projekt vor, mit dem er bis zum Jahr 2008 die psychiatrische Medizin in Frankreich wieder auf den neuesten Stand bringen will. Der Plan umfasst vier Hauptbereiche, darunter eine Verdreifachung der Mittel, die im „plan hôpital 2007“ für die Psychiatrie vorgesehen waren, die Verbesserung des Stellenschlüssels sowie eine verbesserte Ausbildung der Pflegekräfte.

4.2. In Florenz wird ein Netzwerk aus 20 europäischen Regionen gegründet, das sich gegen gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft einsetzt. Die Gründungs-Charta wird im Sitz des Regio-

nalrats der Toskana von den beteiligten Regionen unterzeichnet, darunter auch Île-de-France, Aquitaine, Basenland, Limousin und Poitou-Charentes. Das Netzwerk verpflichtet sich, Projekte zur Förderung der traditionellen und biologischen Landwirtschaft zu unterstützen, Initiativen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft zu ergreifen und die Ausarbeitung von Sicherheitsprotokollen zum Schutz der Landwirtschaft zu fördern.

6.2. Hubert Curien, ehemaliger Minister und Förderer der französischen Luft- und Raumfahrtprogramme sowie erster Präsident der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), verstirbt im Alter von 80 Jahren. Curien hatte von 1966 bis 1973 dem Centre national de la recherche scientifique (CNRS) als Direktor vorgestanden und war 1976 zum Präsidenten des Centre national d'études spatiales (CNES) ernannt worden. Curien, der von 1974 bis 1984 Präsident der ESA war, wird auch als „Vater der Ariane“ bezeichnet.

8.2. In einem Gespräch mit US-Außenministerin Condoleezza Rice im Rahmen ihres Staatsbesuchs in Frankreich spricht sich Staatspräsident Chirac für einen „konstruktiven Dialog“ mit den Vereinigten Staaten aus. Frankreich messe der „bilateralen Zusammenarbeit große Bedeutung“ bei. Rice hatte zuvor in einer Rede zur internationalen Politik im Institut d'Études Politiques ein „neues Kapitel“ in den transatlantischen Beziehungen gefordert.

8.2. Wirtschafts- und Finanzminister Hervé Gaymard umreißt seinen Plan für die Finanzpolitik der nächsten 30 Monate. Er erklärt, das von Staatspräsident Chirac 2002 angekündigte Ziel einer Senkung der Einkommenssteuer um 30 Prozent bis 2007 beizubehalten. Weiter sollen die außerordentlichen Steuervergünstigungen für Schenkungen über die ursprüngliche Frist des 31. Mai 2005 hinaus bis zum Jahresende ausgedehnt werden.

9.2. Die Assemblée Nationale verabschiedet einen Gesetzentwurf, der den Status der „assistante maternelle“, der Tagesmutter, festigen soll. Diese Tätigkeit soll den Status eines Berufs erhalten und auf eine arbeitsrechtliche Grundlage gestellt werden. Bislang hatte es keine Regelungen für Arbeits- und Urlaubszeiten oder Gehaltszahlungen gegeben. Etwa 20 Prozent der französischen Kinder unter drei Jahren werden von Tagesmüttern versorgt. Deren Anzahl ist zwischen 1995 und 2001 um das eineinhalbfache gestiegen.

9./10.2. Bei seinem zweitägigen Besuch in der Ukraine unterzeichnet UMP-Präsident Sarkozy mit dem ukrai-

nischen Präsidenten Juschtschenko eine gemeinsame Erklärung. Darin sichert die UMP der Ukraine ihre Unterstützung für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes mit der Europäischen Union auf der Basis von Wettbewerb und Nichtdiskriminierung zu. Darüber hinaus erklärt Sarkozy, sich für den Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation einzusetzen.

10.2. Der Gesetzentwurf über Wiedergutmachungsleistungen für die algerischen Soldaten, die im Unabhängigkeitskrieg 1954–1962 auf Seiten der französischen Armee gekämpft hatten („Harkis“), wird in der Assemblée Nationale in der zweiten Lesung debattiert. Umstritten ist nach wie vor die Frage, in welchem Maße dem besonderen Schicksal der Harkis Rechnung getragen werden soll. Dabei geht es unter anderem um die Höhe der finanziellen Entschädigung durch den französischen Staat. Die Harkis treten dafür ein, dass das Gesetz die von ihnen beklagte jahrzehntelange soziale Diskriminierung in Frankreich anerkennt.

10.2. Europaministerin *Claudie Haigneré* und ihr deutscher Amtskollege *Bury* besuchen Kroatien. Sie treffen den kroatischen Staatspräsidenten *Stjepan Mesić*, Premierminister *Ivo Sanader* und den Minister für die Europäische Integration, *Kolinda Grabar-Kitarovic*. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen von Kroatien zur Europäischen Union. Dabei geht es insbesondere um die Kooperation Zagrebs mit dem Internationalen Strafgerichtshof, die von der EU zur Bedingung für die Eröffnung der Verhandlungen am 17. März gemacht wird.

11.2. *André Vingt-Trois*, seit 1999 Erzbischof von Tours, wird zum Erzbischof von Paris ernannt. Damit tritt er die Nachfolge von *Jean-Marie Lustiger* an. Dieser hatte nach 24 Jahren als Erzbischof sein Rücktrittsgesuch beim Papst eingereicht. *Vingt-Trois*, der 18 Jahre lang ein enger Mitarbeiter *Lustigers* gewesen war, stand diesem politisch und theologisch sehr nahe.

11.2. Auf Einladung des spanischen Ministerpräsidenten *Zapatero* nimmt Staatspräsident *Chirac* an einer „Bürgerversammlung“ in Barcelona teil, welche die Verfassungsbefürworter für das spanische Referendum am 20. Februar mobilisieren soll. Das Referendum wird die erste Volksabstimmung über das Vertragswerk sein.

11.2. Erziehungsminister *François Fillon* äußert sich im Fernsehsender France 3 zur geplanten Reform des Baccalauréat. Er erklärt, dass er die Reform nicht gegen die bestehenden Ängste der Schüler durchsetzen wolle. *Fillon* plant eine Abschwächung des Zentralabiturs und eine Stärkung der Rolle der Lehrer bei den Prüfungen.

Außerdem soll die Anzahl der Prüfungen halbiert werden. Am Vortag hatten etwa 100 000 Oberschüler in Paris, Lyon und anderen französischen Großstädten gegen die Reform demonstriert.

11.2. Die französische Zollbehörde veröffentlicht ihren Bericht für das Jahr 2004. Dem Bericht zufolge erreicht Frankreich mit 7,8 Milliarden Euro das höchste Außenhandelsdefizit seit 1991. Die Außenhandelsbilanz ist damit das dritte Jahr in Folge negativ. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, *François Loos*, äußert sich dennoch zufrieden mit der Bilanz, da sowohl die Export- als auch die Importzahlen im Jahr 2004 auf einem Rekordniveau lägen.

12.2. Europas bislang stärkste Trägerrakete, die Ariane 5 ECA, startet vom Raumfahrtbahnhof Kourou in Französisch-Guyana mit verschiedenen Satelliten an Bord erfolgreich ins All. Bei ihrem Jungfernflug vor mehr als zwei Jahren war die Ariane 5 abgestürzt.

14.2. Die offiziellen Feierlichkeiten zur 100-Jahrfeier der „Loi de 1905“ zur Trennung von Staat und Kirche werden in der Académie des sciences morales et politiques in Anwesenheit von Premierminister *Raffarin* eröffnet.

16.2. In einem Interview mit der Zeitung „Financial Times“ spricht sich Verteidigungsministerin *Alliot-Marie* für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China aus. Ihrer Meinung nach biete die Aufhebung des Embargos einen besseren Schutz gegen eine schnelle Entwicklung der chinesischen Rüstungstechnologie als seine Aufrechterhaltung, für die sich die USA einsetzen. Chinas Industrie entwickle sich so rapide, dass China in fünf Jahren ohnehin in der Lage wäre, die gleichen Waffen zu produzieren, die heute ohne das Embargo an das Land verkauft würden. Eine Aufhebung des Embargos könne „vielleicht“ dazu führen, dass China in fünf Jahren noch nicht über diese Technologie verfüge.

16.2. Das Buch „Le grand secret“, in welchem der Leibarzt des ehemaligen Staatspräsidenten *Mitterrand*, *Claude Gubler*, den Verlauf der Krebserkrankung des Präsidenten schildert, erscheint nach einem neunjährigen Verkaufsverbot wegen des Verstoßes gegen die ärztliche Schweigepflicht erneut in den Buchhandlungen. Das Buch war erstmals am 17. Januar 1996, neun Tage nach *Mitterrands* Tod, veröffentlicht worden. Im Mai 2004 hatte der Europäische Gerichtshof geurteilt, das dauerhafte Verkaufsverbot sei unverhältnismäßig. Unter anderem berichtet der Arzt in seinem Buch, *Mitterrand* sei ab November 1994 nicht mehr in der Lage gewesen, sein Amt auszuüben.

21.2. Das Verfahren gegen den ehemaligen Bürgermeister von Paris, *Jean Tiberi*, wegen Korruption bezüglich einer Affäre um die Vergabe öffentlicher Aufträge wird eingestellt. *Tiberi* war im Jahr 2001 sogar aus der gaullistischen Partei ausgeschlossen worden. Die Wahl des sozialistischen Bürgermeisters *Bertrand Delanoë* (PS) im Jahr 2001 wird diesen Skandalen zugeschrieben. *Tiberi*, der sich erneut um das Amt des Pariser Bürgermeisters bewerben will, äußert sich zufrieden über die Einstellung des Verfahrens.

21.2. In ihrem bilateralen Gespräch in Brüssel fordern US-Präsident *George W. Bush* und Staatspräsident *Chirac* Syrien zum Rückzug aus dem Libanon auf. In ihrer vom Weißen Haus veröffentlichten gemeinsamen Erklärung heißt es, die Vereinigten Staaten und Frankreich verurteilen gemeinsam mit der EU und der internationalen Gemeinschaft die Ermordung des libanesischen Ex-Ministerpräsidenten *Rafik Hariri* und unterstützen einen „freien, unabhängigen und demokratischen Libanon“.

24.2. Das Berufungsgericht in Paris bestätigt die Geldbuße von 10 000 Euro, die in erster Instanz im April 2004 gegen den Vorsitzenden des *Front National*, *Le Pen*, wegen Anstiftung zum Rassenhass verhängt wurde. *Le Pen* hatte im April 2003 in einem Interview mit „*Le Monde*“ die Zunahme der muslimischen Bevölkerung in Frankreich mit den Worten kommentiert, wenn die Zahl weiter zunehme, würden die Muslime „das Kommando übernehmen“. Die Franzosen müssten dann „die Bürgersteige räumen“, wenn sie sich nicht

„Schläge einhandeln“ wollten. *Le Pen* muss zudem Schadensersatz in Höhe von 5 000 Euro an die Menschenrechtsorganisation „*Ligue des droits de l’homme*“ zahlen.

25.2. Nach nur knapp dreimonatiger Amtszeit kündigt Wirtschafts- und Finanzminister *Hervé Gaymard* seinen Rücktritt an. *Thierry Breton*, bisher Chef von *France Télécom*, wird von Staatspräsident *Chirac* zu *Gaymards* Amtsnachfolger ernannt. Die Wochenzeitung „*Le Canard Enchaîné*“ hatte am 16. Februar erstmals über die 600 Quadratmeter große Luxuswohnung des Ministers berichtet, die der Staat für *Gaymard*, seine Frau und die acht Kinder für 14 000 Euro im Monat angemietet hatte. Die Opposition hatte *Gaymards* Rücktritt gefordert.

25.2. Das Arbeitsministerium veröffentlicht eine neue Arbeitslosenstatistik. Dem Bericht zufolge liegen die Arbeitslosenzahlen im Januar 2005 mit 10 Prozent auf einem Niveau, das zuletzt im Februar 2000 erreicht worden war. Arbeitsminister *Borloo* spricht jedoch von einem „*Jojo-Effekt*“, der nicht darauf schließen lasse, dass die ergriffenen Maßnahmen ohne Wirkung blieben.

28.2. *Oscar Temaru* wird erneut zum Regierungspräsidenten des Überseeterritoriums Französisch-Polynesien gewählt. Der Unabhängigkeitspolitiker löst damit *Gaston Flosse* (UMP) ab, der seinerseits *Temaru* im Oktober 2004 mit einem Misstrauensvotum gestürzt hatte.